

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

39 (16.2.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellungsangebote 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 30 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Abnahmestellen, bei gerichtlicher Dretzung und bei Konkurs außer Kraft tritt. © Erklärungs- und Überstellungen in Karlsruhe i. B. © Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikfunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,75 Mark, vierteljährlich 4,10 Mark, halbjährlich 7,75 Mark, jährlich 14,00 Mark. Durch die Post 2,30 Mark. Einzelverkauf 10 Pfennig. © Erschließung 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr. © Postfach 2650 Karlsruhe. © Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28. © Fernruf 7020/7021. © Postfach-Juliens Durich, Hauptstr. 9. B.-Baden, Jagdhofstr. 12; Halstatt, Rosenstr. 2. Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 39 Karlsruhe, Dienstag, den 16. Februar 1932 52. Jahrgang

Der Mann der Pflicht

Hindenburg hat die Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl angenommen / Wutgeheul in allen rechtsradikalen Lagern

Vor einem Wahlkampf von entscheidender Bedeutung

Reichspräsident v. Hindenburg gibt auf die an ihn in den letzten Tagen gerichteten Aufforderungen und Anfragen öffentlich folgende Antwort:

„Nach erster Prüfung habe ich mich im Bewußtsein meiner Verantwortung für das Schicksal unseres Vaterlandes entschieden, mich für eine etwaige Wiederwahl zur Verfügung zu stellen. Der Umstand, daß die Aufforderung hierzu an mich nicht von einer Partei, sondern von breiten Volksschichten ergangen ist, läßt mich in meiner Vereinerkennung eine Pflicht erblicken. Sollte ich gewählt werden, so werde ich auch weiterhin mit allen Kräften dem Vaterlande treu und gewissenhaft dienen, um ihm nach außen zur Freiheit und Gleichberechtigung, nach innen zur Einigung und zum Aufstieg zu verhelfen. Werde ich nicht gewählt, so bleibt mir dann der Vorwurf erspart, meinen Posten in schwerer Zeit einemmächtig verlassen zu haben. Für mich gibt es nur ein wahrhaft nationales Ziel: Zusammenbruch des Volkes in seinem Existenzkampf, volle Hinabdrückung des Deutschen in dem harten Ringen um die Erhaltung der Nation.“

Herr v. Hindenburg hat mit einer öffentlichen Kundgebung die Erklärung abgegeben, daß er sich für eine Wiederwahl zum Reichspräsidenten zur Verfügung stelle. Der Kern dieser öffentlichen Kundgebung ist der Satz, daß er sich den Vorwürfen erparen wolle, seinen Posten in schwerer Zeit eigenmächtig verlassen zu haben. In diesen wenigen Worten liegt die schärfste Abwehr aller Bestrebungen der Harzburger Front, die Kandidatur von heute zu eine Geschäft über den Lebenslauf hinweg zu machen, oder, wie Nazi-Gebells sich im Targon der Berliner Grenadierstraße ausdrückt: „Wir wollen Wäre für unser Geld“. Gegen den Willen zur Schiebung wird ein einfaches Pflichtbewußtsein gelehrt. In den kurzen Sätzen der Kundgebung liegt unausgesprochen die Feststellung, daß politische Notwendigkeiten in der nächsten Zeit vollzogen werden müssen, wenn Deutschland nicht dem Chaos entgegengehen soll. Es handelt sich um Notwendigkeiten außen- und innenpolitischer Natur. Es handelt sich darum, zu verhindern, daß die gesamte deutsche Politik in das Abenteuerium und auf das Niveau der Operettenpolitik abgleitet. Es handelt sich darum, zu verhindern, daß Deutschland dem Treiben illegaler verfassungswidriger Abenteuer preisgegeben wird, denn das wäre die Form, in der das deutsche Volk sich selbst aufgeben würde.

Herr v. Hindenburg ist keineswegs der Kandidat der Linken, wenn auch die Gehässigkeit und die Sturheit Hugenbergs auf die Kundgebung Hindenburgs mit dem Verzicht antwortet, Hindenburg als den Kandidaten der Linksdemokratie hinzustellen. Die politisch-konfessionelle Grundeinstellung des Herrn v. Hindenburg hat sich in den sieben Jahren seiner Präsidentschaft niemals verlegt. Aber er war politisch-konfessionell im Rahmen der Verfassung, deren Grenzen er zum Lebewohl aller Verfassungstreu und Gerechtigkeit gemäß seinem Eid streng innegehalten hat! Er ist ein Kandidat nicht gegen die Legalität, sondern ein wirklich verfassungsmäßiger Kandidat.

Alle Versuche, ihn zum Kandidaten gegen die Verfassung zu machen, sind gescheitert. Der letzte Versuch des Stahlhelm, ihn zu einem Regierungswechsel zu veranlassen, hat noch am Montag eine sehr pointierte Ablehnung erfahren. Seine Kandidatur wird deshalb während Angriffe aller Gegner der Verfassung, aller faschistischen Organisationen und Parteien erfahren. Das wird klar bereits am ersten Echo, das die Kundgebung Hindenburgs bei der äußersten Rechten gefunden hat. Die deutsche nationale Parteileitung veröffentlicht eine Erklärung Hugenbergs, in der es heißt:

„Das Weimarer System, verkörpert durch die schwarz-roten Parteien, verliert die historische Gestalt des Feldmarschalls v. Hindenburg als Schutzschild ihrer zusammenbrechenden Herrschaft auszuweisen. Diese Lage der Dinge macht es uns jetzt unmöglich, unsere Stimme wiederum wie 1925 für den Reichspräsidenten v. Hindenburg abzugeben.“

Da ist sie wieder, die Parole gegen das „System“! Was unter „System“ verstanden werden soll, wird jetzt schon deutlicher bezeichnet. Hugenberg spricht nicht mehr vom System schlechthin, sondern vom Weimarer System. Die gegenwärtige Regierung und Parteienkonstellation im Reich ist nun gewiß alles andere als eine Weimarer Koalition. Der Kampf der extremen Rechten gibt im Grunde genommen auch nicht der gegenwärtigen politischen Konstellation innerhalb der Verfassung, er gibt vielmehr der Reichsverfassung selbst. Der Kandidat

der Rechten — oder die Kandidaten der Rechten, wenn die Herren Hitler und Hugenberg gleichzeitig kandidieren — werden deshalb nicht wie Hindenburg verfassungsmäßige Kandidaten sein, sondern Kandidaten gegen die Verfassung. Ihre Kandidatur ist die Kandidatur des Faschismus. Das wird im Wahlkampf noch klarer werden, als es heute ist — wenn es überhaupt noch größerer Klarheit bedarf. Die Partei des Herrn Hitler zwingt alle Verbände der Harzburger Front, offen Farbe zu bekennen. Sie fordert von allen das offene Bekenntnis gegen die verfassungsmäßigen Zustände von heute und die Anerkennung der unbedingten Führerschaft der Hitlerpartei im Kampfe um die Verwirklichung des Faschismus.

Man erfährt hier, daß die Leitung des Stahlhelm Anfang Januar die Wahl Hindenburgs der Stahlhelmmittelschicht empfohlen hat, daß sie aber gegenüber dem Druck von Hitler und Hugenberg Angst vor der eigenen Courage bekommen hat. Es geht um den „Sturz des derzeitigen Systems“.

Das „bergeitige System“ aber ist die Reichsverfassung. Es ist die Herrschaft des Rechts in der Demokratie. Was ist das System, das Hitler und seine Kumpelpartei an die Stelle der Verfassung setzen wollen? Sie wollen das System, das sich so herrlich am 9. November 1923 im Bürgerbräukeller zu München offenbart hat, das System, das Herr Fritsch in Thüringen verwirklichte und dem Herr Klages in Braunschweig jetzt nachstrebt. Es ist das System, in dessen Namen in Braunschweig die Banden der Hitlerischen Bürgerkriegsarmee die Arbeiterwohnviertel überfallen haben, es ist das System, das die Banden des Herrn Hitler mit Mord und Blut jetzt schon auf die Straße tragen.

Für dieses System werden Hindenburgs Gegenkandidaten von rechts eintreten. Deshalb werden sie dieser Kandidatur die Kandidatur des Bürgerkriegs entgegensetzen, und heute schon läßt sich sagen, daß ihre Agitation gegen Hindenburg die Agitation für den Bürgerkrieg sein wird.

Der Stahlhelm schwankt gegenüber Hindenburgs Kandidatur hin und her, wie ein vom Wind bewegtes Rohr. Eine Stunde vor der Veröffentlichung der Kundgebung Hindenburgs gab das Stahlhelmbundesamt die folgende Verlautbarung aus:

„Am Sonntag waren die Landesführer des Stahlhelm in Berlin zur Besprechung der Frage der Reichspräsidentenwahl versammelt. Die Ansprache ergab die volle Einmütigkeit, daß der gesamte Stahlhelm wie im Jahre 1923 zum Einziehen für den Generalfeldmarschall Hindenburg bereit steht, wenn eine ausreichende sichtbare Voraussetzung für einen Kurswechsel geschaffen wird. Dem Herrn Reichspräsidenten ist dieses Ergebnis zur Kenntnis gebracht worden.“

Da wurde der starke Mann markiert. In Wahrheit herrscht beim Stahlhelm schlotternde Angst. Man fürchtet zwischen Hindenburgfront und Hitlerfront zerrieben zu werden. Am Montag abend verlaublich das Bundesamt des Stahlhelm wieder großspurig:

„Die Voraussetzungen, unter denen der Stahlhelm bereit war, für die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg einzutreten, sind nicht erfüllt. Nunmehr hat der Stahlhelm freie Hand.“

„Hat sich was „freie Hand“. Die Angst vor der Nazikonkurrenz hat den Stahlhelm zur Stellungnahme gegen den Ehrenpräsidenten des Stahlhelm getrieben.“

Die Nazis gegen Hindenburg

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP schreibt zu der Kandidatur Hindenburgs in der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz:

Es ist der feste Wille der nationalsozialistischen Bewegung, das System des 9. November 1918 zu beseitigen und an seine Stelle ein neues Regiment zu setzen. Die nationalsozialistische Freiheitsbewegung wäre bereit gewesen, mit Hindenburg, den sie vor sieben Jahren im Vertrauen auf den Generalfeldmarschall der deutschen Heere im Weltkrieg auf den Reichspräsidentenschild erhoben hat, zu marschieren, wenn er den Willen bekundet hätte, in Uebereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes dem System des Zusammenbruchs nunmehr ein Ende zu machen, und mit seinen Trägern zu brechen. Aber Hindenburg habe sich heute auf die Seite der Gegner der nationalen Front, die ihn vor sieben Jahren zum Reichspräsidenten wählte, geschlagen.

Die Kandidatur Hindenburgs im Spiegel der Presse

Die meisten Berliner Tagesblätter nehmen in ihren Leitartikeln ausführlich zu der Kundgebung des Reichspräsidenten Stellung.

Die der Regierung nahegehende Presse und die Blätter der gemäßigten Richtungen begrüßen mit Freuden die Erklärung Hindenburgs, sich zur Wiederwahl zur Verfügung zu stellen und unterstreichen die endlich erfolgte Klärung der Fronten.

Die D.M.Z. bedauert, daß die Wähler Hindenburgs von 1925 heute nur noch zum Teil hinter ihm stehen. Für die Deutschnationalen und den Stahlhelm bestehe jetzt die Gefahr, zwischen Hindenburg und Hitler aufzuerstehen zu werden.

Das Berliner Tageblatt, das Hindenburg den „Volkskandidaten“ nennt, fordert, daß bei dieser Wahl der Parteieigennütze und der Hader um die Reichsregierung schweigen sollen. Eine Wahl Hindenburgs sei keine Entscheidung für Brüning; es sei die Wahl des Mannes, in dem Ehre, Vaterlandsliebe und Treue vereint seien.

Die Volkische Zeitung nennt die Kundgebung ein „wahrhaft historisches Dokument“ in dessen Mittelpunkt das Wort „Pflicht“ stehe. Das Blatt schreibt, wir erwarten von Hindenburg nichts für unsere Parteiliebe. Wir halten es recht und schlecht für unsere Pflicht, die Hand zu erheben, die er allen Deutschen, die guten Willens sind, entgegenstreckt.

Der Vorkämpfer sieht in dem „aufopfernden Entschluß“ eine Vereinfachung der Lage, in der einseitig anemessenen Weise für oder gegen Hindenburg, für oder gegen die außenpolitische Einheitsfront, gegen oder für eine neue liberale, in ihren Wirkungen unabsehbare Krise.

Die Deutsche Tageszeitung schreibt, auf der Wange liegt die Verantwortung, ob Hindenburg als Kandidat der Rechten oder der Linken aufgestellt wird.

Die Deutsche Zeitung spricht von einem Kampf, der der Nationalen Opposition gegen ihren Willen aufzuzwingen werde. Sie werde ihn führen, mit der Achtung, die dem geschichtlichen Namen Hindenburgs zukomme, aber auch mit der Entschlossenheit, die die Verantwortung für die Zukunft von Volk und Vaterland erfordere.

Die Germania schreibt unter der Ueberschrift „Front des Volkes“, die Entscheidung Hindenburgs und die gegen ihn gerichtete Kampfanlage der radikalen Rechten haben die Fronten des Kampfes endgültig geklärt. Er muß und wird mit allen Mitteln bis zu einer klaren Entscheidung durchgefochten werden.

Der Vorwärts nennt den Entschluß Hindenburgs eine höchst respektable Handlung, die „wie ein Donner Schlag auf die Harzburger“ gewirkt habe. Das Blatt bezeichnet die Lage für die Sozialdemokratie als nicht einfach, für ihre schärfsten Gegner aber höchst peinlich, und schreibt dann, wir leben unsere Gegner in Verzerrung. Wie wir diese Verzerrung ausnützen sollen, um ihre Niederlage so sicher und so schwer wie möglich zu machen, das ist die Frage des Tages.

Eine französische Stimme

Paris, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Temus schreibt zu der Kandidatur Hindenburgs zur Reichspräsidentenwahl:

„Der politische Abenteuerer Hitler ist jetzt an einem Punkt angelangt, an dem er nicht mehr zurückweichen kann. Er muß bis zum Ende seines Versuchs zur Erlangung der Macht gehen, oder er muß sich in einen machtvollen Kampf begeben, bevor er die letzte Schlacht liefert. Jede andere nationalsozialistische Kandidatur, als die seine, wäre jeder Bedeutung bar. Hitler ist der Gefangene der Lage, die er sich selbst geschaffen hat. Er hat wohl alle Enttäuschten, alle Unzufriedenen und alle Verzerrten mit sich reißen können. Aber da er keine Doktrin, kein bestimmtes Programm und keine wahre politische Methode hat, ist er unfähig, ein Experiment zu versuchen von dem das deutsche Volk vernünftigerweise die Rettung erwarten könnte. Das deutsche Volk muß jetzt eine Probe seiner politischen Reife abgeben. Diejenigen in Deutschland, die nicht blind dem Hoch und der Leidenschaft ergeben sind, müssen sich darüber klar sein, und das wird zweifellos die spontane Koalition aller Ordnungselemente gegen den letzten Vorstoß des Nationalsozialismus bestimmen, dessen endgültige Niederlage mit der Wiederwahl Hindenburgs besiegelt sein wird.“

Die Eiserne Front in Berlin

Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht.) Der Appell der Eisernen Front zur Einzeichnung in die eisernen Blätter hat in Berlin einen überraschenden Erfolg gehabt. Mehr als eine Viertelmillion Menschen haben sich nach den bisherigen Zählungen in der Reichshauptstadt in die eisernen Blätter eingetragen, und damit Verknüpfung und Opferbereitschaft in einem bewundernswerten Ausmaß bewiesen. Noch stehen zahlreiche Ergebnisse aus, so daß die Zahl der Einzeichnungen wahrscheinlich sogar eine Viertelmillion weit übersteigen wird.

Reichstag am 23. Februar

Der Reichstag ist nunmehr endgültig für den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht lediglich:

Beschlußfassung über den Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten.

Als Grundlage für die Beratung des Reichstages gilt das Schreiben des Reichsinnenministers Gröner, worin dieser namens der Reichsregierung für den 1. Wahltag den 13. März und für den zweiten Wahltag den 10. April vorschlägt. Ein Beschluß über den zweiten Wahltag ist zwar erst erforderlich, wenn die Notwendigkeit des zweiten Wahlganges feststeht. Minister Gröner empfiehlt jedoch dem Reichstag, vorjorglich schon jetzt einen Ewentualbeschluß über den zweiten Wahltag zu fassen, wie dies auch bei der Reichspräsidentenwahl 1925 geschehen sei.

Gröner, Reichswehr- und Nazi-„Legalität“

In Nummer 32 des Volksfreund vom 8. Februar veröffentlichte Genosse Schöpflin einen, nicht von ihm namentlich bezeichneten Artikel, der sich mit dem Erlaß des Reichswehrministers Gröner hinsichtlich der Haltung der Reichswehr zum Eintritt der Nationalsozialisten befaßt. In dem Artikel richtete Genosse Schöpflin gegen den Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, Herrn Generalleutnant v. Schleicher, scharfe Angriffe und machte den General für den Erlaß verantwortlich, der ja in allen verfassungstreuen Parteien Unruhe und scharfe Proteste hervorgerufen hat. Der Artikel Schöpflins ist dann, da die Autorschaft sehr leicht zu erraten war, so ziemlich von der gesamten Parteipresse, darunter auch vom Vorwärts, wiedergegeben und in der großen bürgerlichen Presse kommentiert worden. Gegen diesen Artikel wendet sich nun Herr Reichswehrminister Gröner ebenfalls sehr scharf. Er erklärt zunächst, daß er auf den persönlichen Ton des Artikels gegen den Herrn General von Schleicher nicht eingehen wolle, und läßt dann weiter erläutern:

„Der Erlaß des Reichswehrministers über die Wehrverbände und die Zulassung von Hitlerianern in die Reichswehr stehe weder mit früheren Erklärungen des Reichswehrministers noch des Reichstanzlers noch Reichsgerichtsentscheidungen im Widerspruch. Der Reichswehrminister habe in seiner Erklärung vor dem Reichstag am 9. März v. J. ausdrücklich gesagt, die Stellungnahme politischer Parteien sei nicht ewig und endgültig, sondern unterliege der Veränderung und darum auch der dauernden Nachprüfung.“

Weder der Reichstanzler noch das Reichsgericht hätten festgestellt, daß NSDAP die Verfassung mit Gewalt abändern wolle. Das Reichsgericht habe vielmehr festgestellt, daß der Parteiführer der NSDAP, nach seinen Erklärungen entschlossen sei, alle illegalen Elemente aus der Partei auszuschließen; wenn auch Parteimitglieder trotzdem illegale Handlungen gegen den Willen und ohne Vorwissen des Führers begangen, so sei damit nicht ein illegaler Wille der Partei erwiesen.

Am übrigen schreibe der neue Erlaß vor, daß die politische Haltung jedes Bewerbers vor seiner Aufnahme in die Reichswehr geprüft werden müsse. Der Erlaß selbst sei vom Reichswehrminister Gröner selbst unterzeichnet, dieser habe die Zustimmung des Reichstanzlers vorher eingeholt. Die Verantwortung für den Erlaß sei damit klar gestellt.

Der Minister lehne jede Darstellung auf das Schärfste ab, als ob General Schleicher jemals ohne Billigung oder Auftrag des Ministers auf politischem Gebiet tätig gewesen sei.“

Zu dieser Erklärung des Herrn Reichswehrministers bemerkt der Vorwärts:

„Diese Erklärung des Reichswehrministers macht die Sache nicht besser, sondern schlechter. Sie bestätigt die NSDAP ihre „Legalität“, worüber im Braunen Hause sogar die Hühner lachen werden.“

Daß sich Gröner schließend vor Schleicher stellen würde, war vorauszusetzen. Es ändert aber nichts an der Tatsache, daß sich General von Schleicher ein sehr beträchtliches Maß von Mangel an Vertrauen in allen republikanischen Kreisen zugezogen hat. Der Artikel unseres Genossen Georg Schöpflin, der doch wirklich nicht als Stürmer gegen die Reichswehr bekannt ist, liefert den besten Beweis dafür.

Das Reichswehrministerium sollte einmal vom hohen Pferde steigen und überlegen, ob es wirklich keine Aufgabe ist, ein vertrauliches Verhältnis zwischen dem verfassungstreuen Teil des deutschen Volkes und der Wehrmacht zu verhindern. Sollte es zu dem Ergebnis kommen, daß dies keine Aufgabe nicht ist, so wird es sich schon entschließen müssen, seine Erlasse in Zukunft anders zu formulieren.“

Der Vorwärts hat Recht: Herr Gröner hat durch seine Antwort an den Genossen Schöpflin die ganze Angelegenheit erheblich verschlimmert, indem er jetzt geradezu von einer Legalität der Nationalsozialisten spricht. Auf dieses Ziel hat planmäßig Herr General von Schleicher vorgestoßen und es ist ihm, wie die Erklärung des Reichswehrministers beweist, bei diesem auch tatsächlich gelungen, worüber noch näher zu sprechen sein wird.

So werden „Reichsbannermorde“ gemacht

Eutin, 13. Februar (SPD). Wie „Reichsbannermorde“ gemacht werden, beweist folgender Vorfall: In der Nähe von Ahrenshoop kam es zwischen zwei Nationalsozialisten wegen eines Mädchens zu einem Streit, in dessen Verlauf der eine seinen Revolver zog und den andern niederschloß. Um den Schwerverletzten kümmerte er sich dann nicht weiter. Als die SA später in Eutin einrückte, verbreitete sie das Gerücht, daß die SA-Mann durch Revolverschläge schwer verletzt worden sei. Nur den Nachforschungen des Reichsbanners ist es zu danken, daß der Vorfall aufgeföhrt wurde und der Nazischwindel seine weitere Verbreitung fand.

Nationalsozialistische Gewalttat

Köln, 15. Febr. (Eig. Draht). In Köln Bittendorf iprenate eine nationalsozialistische SA-Abteilung eine Versammlung der religiösen Sozialisten, in der über das Thema: „Betrücht der Faschismus schon in der evangelischen Kirche?“ gesprochen werden sollte. Das Eingreifen eines evangelischen Geistlichen hielt die Nazibanden nicht von ihren Gewalttätigkeiten ab.

Die rote Fahne verboten

SPD, Berlin, 15. Febr. Der Polizeipräsident hat mit Wirkung ab sofort die „rote Fahne“ nebst Kopfbältern bis zum 29. Februar 1932 wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verboten.

Selbstliche Naziblatt verboten

Kassel, 15. Febr. Der Oberpräsident hat die nationalsozialistische Tageszeitung „Selbstliche Volkswacht“ bis zum 7. März verboten.

Professor Martin Spahn

Eine „nationale Leuchte“ vor Gericht als Ausreißer bloßgestellt

Köln, 15. Febr. (Eig. Draht). Vor dem Kölner Schöffengericht wurde am Montag eine interessante Beleidigungsklage des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Martin Spahn gegen den vorjährigen Rektor der Kölner Universität Professor Dr. Kroll verhandelt. Der beklagte Dr. Kroll wurde freigesprochen.

Professor Kroll hatte am 26. Juni v. J. einer studentischen Abordnung, die ihn zu einer Demonstrationsveranstaltung der Studentenschaft gegen die Kriegsschuldfrage, in der Professor Spahn sprechen sollte, einlad. u. a. erklärt, daß die Universitätsbehörde nur deshalb nicht an der Veranstaltung teilnehmen könne, weil Spahn die Universität unter merkwürdigen Umständen verlassen habe. Von den Studenten nach den Umständen befragt, erwiderte Kroll,

daß im Spätherbst 1923, als auch für Köln der Einzug der Franzosen befürchtet wurde, Spahn ohne vorherige Mitteilung an die Universitätsbehörde von Köln nach Berlin gezogen sei. Man habe damals den Eindruck gehabt, daß Spahn aus Angst vor den Franzosen seinen Wohnsitz verlassen habe.

Trotz mehrfacher Aufforderungen der Universitätsbehörden und des preußischen Kultusministers sei Spahn nicht nach Köln zurückgekehrt. Ein Disziplinarverfahren, das damals gegen Spahn eingeleitet worden sei, hätte nicht durchgeführt werden können, weil Spahn inzwischen deutschnationaler Reichstagsabgeordneter und damit immun geworden sei.

Diese Äußerungen Krolls veranlaßten Spahn zu seiner Beleidigungsklage. In der Verhandlung erklärte er, daß er ein „national gesinnter Mann“ sei,

der nur für das Vaterland lebe und sterbe, und nur mit Rücksicht auf seine Familie nach Berlin gezogen sei, er selbst sei jedoch in Köln geblieben. Diese Behauptung wurde aber im Laufe der Verhandlung auf das Bestimmteste widerlegt. Tatsächlich hat Spahn monatelang keine Vorlesungen an der Kölner Universität gehalten.

Der gegenwärtige Rektor der Kölner Universität Professor Kuske sagte aus, daß er, wäre er damals Rektor gewesen, genau so gehandelt hätte, wie Rektor Kroll. Der Verteidiger Krolls erklärte an Hand von Beweisstücken, daß

der „nationale Mann“ Spahn schon einmal ähnlich gehandelt habe, weil 1923. Im Jahre 1918 sei er vor dem Einmarsch der Franzosen von der damaligen Straßburger Universität fluchtartig verschwunden. Er sei also zweimal, wenn national gesinnte Männer gebraucht worden wären, ausgeriffen.

Das Urteil lautete auf

Freispruch des Angeklagten Professor Kroll.

Die Kosten wurden dem Privatkläger auferlegt. In der Urteilsbegründung heißt es, daß Kroll als Rektor in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe.

ADGB gegen Reparationen

Reparationsbeilegung zwecks Krisenüberwindung

Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht). Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm am Montag bei der Erörterung der für den Arbeiter besonders dringenden Frage unter anderem auch zum Reparationsproblem Stellung. Sowohl im Tätigkeitsbericht wie in der Aussprache fand der Auf der Gewerkschaften: „Schluß mit den Reparationen!“ ein starkes Echo. Den Standpunkt des Bundesauschusses zur Reparationsfrage umriß der Bundesvorsitzende Theodor Leipart in seiner Zusammenfassung des Beratungsergebnisses mit folgender Erklärung:

„Es besteht kein Widerspruch zwischen unserer Forderung nach Verständigung mit Frankreich und der französischen Forderung, „Schluß mit den Reparationen“, denn die Welt ist sich klar darüber, daß der politische Streit um die Reparationen eine wesentliche Ursache der Weltwirtschaftskrise ist.“

Die Beilegung dieser politischen Ursache der Krise ist die wichtigste Voraussetzung für ihre Überwindung. Sie liegt im Interesse der Arbeiter aller Länder, auch der Arbeiter Frankreichs.“

Wir sagen nicht: „Wir wollen nicht zahlen!“ Wir stehen vor allem nicht im Widerspruch zu unseren ausländischen Genossen, sondern wir rufen diesen, namentlich unseren französischen und belgischen Freunden zu: „Wir dürfen nicht zahlen, da die Last der Reparationen auch fernerhin die deutschen Arbeiter bedrückt. Wir begehnen

keine Anstrengung gegen die Internationale, indem wir unsere Pflicht, die Interessen der deutschen Arbeiter zu vertreten, in erster Linie erfüllen.“

Unterbrechung der Abrüstungskonferenz

Genf, 15. Febr. Ueber die Wirkungen des erwarteten Antrages der deutschen Delegation auf Einberufung einer außerordentlichen Völkerverammlung will das Journal le Geneve berichten können, daß während der Dauer dieser Versammlung die Arbeiten der Abrüstungskonferenz unterbrochen würden. Diese Ankündigung muß mit allem Vorbehalt aufgenommen werden.

Frankreichs Gewerkschaften fordern Abrüstung

Paris, 15. Febr. Der französische Gewerkschaftsverband fordert in einem Aufruf zum Kampf gegen den Krieg und für die Abrüstung auf. Während man in Genf unfruchtbar Reden halte, nehme die Weltwirtschaftskrise immer größeren Umfang an. Angesichts dieser Gefahr müsse die Arbeiterklasse unerschütterlich für die Sicherstellung der Abrüstung und Schiedsgerichtsverfahren sowie für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit eintreten. Das Volk würde die Regierungen verantwortlich machen, die durch henscherrliche Manöver und unzeitige Kombinationen den Munitionsfabrikanten und Nationalisten in die Hände arbeiten würden.

Vor Uebergabe der deutschen Abrüstungsvorschläge

Genf, 15. Febr. Der deutsche Delegierte auf der Abrüstungskonferenz, Reichshatter Hobohn, wird am Mittwoch in der Generalaussprache das Wort ergreifen, um die deutschen Vorschläge, die am selben Tage der Öffentlichkeit übergeben werden, zu erläutern.

Aus aller Welt

Schneefall in den Pyrenäen

Paris, 15. Febr. In den Pyrenäen ist reichlich Schnee gefallen. Im oberen Valleis liegt der Schnee so hoch, daß die Eisenbahnhäuser zurückfahren mußten und die Post infolgedessen ausgestellt ist.

Auf dem Eis eingebrochen

Amsterdam, 15. Febr. In Haarlem in der Provinz Geldern brachen neun Personen auf dem Eis ein. Drei Mädchen ertranken, ebenso ein Mann, der sie retten wollte. An anderen Orten fanden zwei weitere Personen auf gleiche Weise den Tod.

Das Schnellzugattentat Nizza-Paris

Paris, 15. Febr. (Eig. Draht). Das Attentat gegen den Schnellzug Nizza-Paris ist noch nicht aufgeklärt. Man nimmt allgemein an, daß es sich um ein terroristisches Attentat handelt, an dem italienische Antifaschisten beteiligt gewesen sind.

Die Pariser Kriminalpolizei ließ am Montag erklären, daß nach Ansicht der untersuchungsführenden Beamten ein Zusammenhang zwischen dem Attentat und den beiden Attentaten von Jüterbog und Via Lancia zu bestehen scheint. Die Sontheile ist dadurch verstärkt, daß der Urheber der Katastrophe von Via Lancia eingestanden hat, daß er die Waffe gehabt habe, ähnliche Attentate in der Nähe von Amsterdam und an der Riviera auszuführen. Da bei den Unglücksfällen in Ungarn und in Deutschland Aufrufe zur Revolution geäußert worden seien, sei es möglich, daß man es mit terroristischen Anschlüssen zu tun habe.

Die französische Eisenbahngesellschaft hat für die Auffklärung des Anschlages eine Belohnung von 20 000 Franken ausgesetzt.

22 Arbeiter durch austretende Gase betäubt

Künzberg, 15. Febr. In der Metallwarenfabrik Ullmann erdolbete heute ein in einem Emailierofen fließendes Rohr. Durch die austretenden Gase wurde die gesamte Belegschaft in Stärke von 22 Mann vergiftet und mußte ins Krankenhaus verbracht werden. Die Erkrankungen sind größtenteils leichter Natur sein.

Güterzugverabung

Frankfurt a. M., 15. Febr. (Eig. Draht). In letzter Zeit wurden auf der Strecke Schlüßlern-Gemünden zahlreiche Güterzüge verabung. Als Täter sind jetzt der Kohlenereibesitzer Johann Zeller in Rottgers und seine beiden Söhne verhaftet worden. Alle drei spielten bisher in der Nationalsozialistischen Partei eine große Rolle. Das Diebeslager wurde durch eine Hausdurchsuchung bei dem Kohlenereibesitzer ans Tageslicht befördert. Unter einem Kartoffellochort verdeckt fand man in drei Meter Tiefe mehrere

Riften mit Wein, Selt, elektrischen Bügeleisen, ein größeres Quantum Pfeffer, ferner eine Rife mit 100 Karat Schuben. Das Diebesgut auf im Werte von mehreren tausend Mark wurde sichergestellt. Weitere Verhaftungen, insbesondere solche von Dählern, stehen bevor.

Dynamitanischlag in Schweden

Göteborg, 15. Febr. Durch einen Dynamitanischlag wurde heute nacht in Göteborg ein Wohngebäude in die Luft geschnitten. In dem mehrere Familien wohnten.

Ein 35jähriger Bauarbeiter hatte beschlossen, an seiner von ihm geschiedenen Frau Rache zu üben. Kurz vor halb 3 Uhr warf er ein Paket mit Dynamit durch ein Fenster in ein Zimmer des Hauses, in dem seine Frau wohnte. Eine gewaltige Explosion erfolgte, durch die der größte Teil des Hauses zerstört wurde. Die Rettungswachen gestellten sich sehr schnell. Aus den Trümmern wurden drei Tote und sechs zum Teil schwer verletzte Personen geborgen. Der Täter fand man heute vormittag in einem Bade in der Nähe der Stadt tot auf. Er hatte Selbstmord begangen.

62 Prozent Analphabeten!

Nach einer amerikanischen Statistik können 62 Prozent der auf dem Erdball lebenden über zehn Jahre alten Menschen weder lesen noch schreiben. In 18 Ländern sollen mehr als die Hälfte der Bevölkerung Analphabeten sein.

Italiens Katholizität

Rom, 15. Febr. Als eines der Ergebnisse der neuesten allgemeinen Volkszählung teilt das Statistische Zentralamt mit, daß von 1000 Einwohnern Italiens 986,1 katholisch sind. In ganz Italien zählte man 82 569 Protestanten, hiervon 81 625 Ausländer. Der Prozentsatz der Juden beträgt 1,2 pro Milie; im ganzen gibt es in Italien 47 485 Juden, wovon in Rom allein 10 911 anwesend sind.

Weitere Bäderpreisenkung

Der Allgemeine Deutsche Bäderverband wird seinen Mitglidern empfehlen, im Jahre 1932 eine weitere zehnprozentige Preisenkung durchzuführen.

Polizei schießt in indische Versammlung

London, 15. Febr. (Eig. Draht). In Kalkutta schoß die Polizei am Montag eine Versammlung von 3000 Personen, die aus Protest gegen die Selbständigkeits demonstrieren. Drei Demonstranten wurden getötet, 32 verletzt.

Aufstand in Costarica

Panama, 15. Febr. Nach hier eingetroffenen Meldungen aus San José soll in Costarica ein Aufstand ausgebrochen sein.

Freistaat Baden

Republikanische Studentenkundgebung in Mannheim

Der Deutsche Republikanische Studentenbund hält in der Zeit vom 19. bis 21. Februar in Mannheim seine hiesige Arbeitstagung ab. Als Auftakt findet am Freitag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, im Nebelungsaal eine große öffentliche Kundgebung statt, bei der sprechen werden: Reichstagsabgeordneter Dr. Adolf Breitscheid, Reichsinnenminister a. D. Dr. Josef Wirth, Oberbürgermeister Dr. Lupe-Milberg und Kapitänleutnant a. S. a. D. Dr. Helmuth Klotz-Berlin.

„Verwahrt“

Wird endlich gegen das Treiben des nationalsozialistischen Festungsboten in Kallstätt vorgegangen?

Dr. Karlsruhe, 15. Febr. Die in Kallstätt wöchentlich erscheinende Zeitung der Festungsboten brachte in der Folge vom 6. Februar 1932 unter der Überschrift „Mit dem Tode bestraft“ einen Artikel, der Beschimpfungen der Organe und Behörden des Staates enthält und daher die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet. Gemäß den Bestimmungen der Notverordnung hat daher der Minister des Innern gegen das Blatt eine „Verwahrung“ auszusprechen.

Nationalsozialistischer Schächterverband

Dr. Karlsruhe, 15. Febr. Die nationalsozialistische Landtagsfraktion hat einen Initiativantrag eingebracht, der das Verbot des Schächters besetzt.

Die Tatsache, daß die Nationalsozialisten, die sonst für die „Humanität“ nur Sott und Spott übrig haben, ihren Antrag aus „humanitären“ Gründen ableiten, dürfte den Zweck dieser Initiative auch bei jenen Kreisen, die aus wirtschaftlich grundsätzlichen Gründen der Humanität des Schächters sind, als einen Affektbesärgler Demagogie kennzeichnen.

Die Milchhändler beim badischen Preiskommissar

Dr. Karlsruhe, 13. Febr. Im badischen Statistischen Landesamt, das mit der Preisüberwachung in Baden beauftragt ist, fand am 11. Februar eine Besprechung über den Milchpreis mit der Vertretung des organisierten Milchhandels statt.

Es ist eine Erhebung über den Milchseuerpreis, also den Milchpreis abgesehen von den Steuern, durchgeführt worden. In diesem Zusammenhang sind an rund 1500 badische Gemeinden Fragebogen herausgegeben. Diese Erhebung wird in wenigen Tagen abgeschlossen sein. Die Erhebung über die Milchpreise durch die Bezirksämter (Kaufmännern, Verarbeitern zu Butter und Käse usw.) erfolgt. In den Rahmen dieser Erhebung über die Zusammenfassung des Milchpreises in den einzelnen Teilen des Landes gehört auch die Milchhändlerliste. Sie beweist sich in Baden zwischen 4,75 und 5,50 Pf. für den Liter. Das ist also der Betrag, den der Milchhändler erhält, der die ihm von der Milchzentrale empfangene Milch täglich dem Verbraucher ins Haus bringt oder, wie in Mannheim, in nach besonderen Vorschriften eingerichteten Läden verkauft.

Die Vertreter des Milchhandels geben eine eingehende Darstellung der gegenwärtigen Lage des organisierten Milchhandels, aus welcher sie auf die Wichtigkeit eines zeitlichen und zuverlässigen Milchhändlerverbandes hin. In dreistündiger Sitzung wurden alle Fragen durchgesprochen, darunter auch die Milchlieferung der Erzeuger und Futtermittel.

Der Direktor des Statistischen Landesamts richtete zum Schluß der Sitzung an die Herren Vertreter des Milchhandels das Ersuchen, nach Abschluß der notwendigen Erhebungen über den Milchpreis sich zu weiterer Verhandlung zur Verfügung zu stellen.

Steuererleichterungen für erntebefähigte Landwirte

Die seinerzeit bekanntgegebenen wurde, sind die Finanzämter auf das Ersuchen der Landwirtschaftskammer durch den Minister der Finanzen über das Landesfinanzamt angeordnet worden, den durch die Einkommensteuer des letzten Jahres geschädigten Landwirten bei der Erhebung der Grund- und Gewerbesteuer mit Rücksicht auf die Steuererleichterungen nachstehend entgegenzukommen. Diese steuerliche Erleichterung ist vom Minister der Finanzen auf Grund einer gemeinsamen Kundgebung der landwirtschaftlichen Organisationen über die Notlage der Landwirtschaft auch auf die Waldbesitzer ausgedehnt worden, soweit für sie bei dem großen Preis- und Abfuhrmangel des Holzes die Entrichtung der Grund- und Gewerbesteuer eine besondere Härte bedeutet, insbesondere wenn ihnen Einkommen aus anderen Quellen als dem Waldbesitz nicht oder nur in geringem Umfang zur Verfügung steht. Diese Erleichterung soll auch auf Bergbauern landwirtschaftlichen Grundbesitzes ausgedehnt werden, die den Nachteil des Wälders mit Rücksicht auf die schwierige wirtschaftliche Lage in der Landwirtschaft nicht rechtzeitig erhalten können, auf den Nachteil aber in der Landwirtschaft angefallen sind.

Die in Frage stehenden Steuererleichterungen und Steuererlässe werden von dem zuständigen Finanzamt, Sammelbezirken des Steuererleichterungen bei dem zuständigen Finanzamt, Sammelbezirken (gemeinsame Eingabe von Landwirten einer Gemeinde) sind zulässig.

Der Rheinbrückenbau im bayerischen Etat

Im bayerischen Etat für 1932/33 findet sich folgende Position: Neubau der Rheinbrücken zu Ludwigshafen, Speyer und Mainz, vierter Rate 500 000 M. In den Erläuterungen dazu heißt es: Zum Neubau der Rheinbrücke zwischen Ludwigshafen und Mannheim wird der Betrag von 500 000 M. als vierte Rate beantragt. Zu dem Neubau hat die Stadtgemeinde Ludwigshafen im Rechnungsjahr 1932 einen Kostenbeitrag von 150 000 M. zu leisten. Die bisherigen Leistungen des Staates betragen: 1929: 100 000 M., 1930: 250 000 M., 1931: 500 000 M. (davon 250 000 M. von der Stadt Ludwigshafen), zusammen 850 000 M. an Leistungen des Staates.

Volkswirtschaft

Der Großhandelspreis für Butter
In den letzten Tagen sprang die Butterpreise und zwar hängt die Bewegung mit einer Verschiebung auf den Auslandsmärkten zusammen, die angelehnt an den Preis der Butter in Deutschland, ganz andersartig war, wie sich jetzt herausstellt, erdichte. Es zeigt sich, daß man mit der neuen Butterführung viel zu weit gegangen ist und daß man im Zeichen des überhöhten Preises zu einer Butterknappheit und einer Buttererzeugung kommen wird, die sich schließlich auf die deutschen Butterproduzenten auswirken muß. Denn in der Woche, wie der Butterpreis weiter steigt, wird sich die Abwanderung von der Butter zu Buttererzeugung bemerkbar machen. Von Interesse ist auch, daß gegenwärtig mehr Butter eingeführt wird als vor der Butterknappheit. Es wird berichtet, daß das in Deutschland abgeführte Butter, die weit darüber als die heimische Butter, von den deutschen Importeuren reißlos aufgenommen wird.

Warum Hausfuchungen bei badischen Nationalsozialisten?

Legalität mit Volksaushungerung

Die Geheimrundschreiben des landwirtschaftlichen Gaufachberaters der NSDAP. Gau Baden

Trotz aller nationalsozialistischen Ablenkungsversuche geht der Enthüllungsbau der badischen Regierung über das staats- und volksfeindliche Treiben der Nationalsozialisten weiter. Angesichts der „Beschwerden“ der Nationalsozialisten über die vorgenommenen Hausfuchungen teilt die Pressestelle beim badischen Staatsministerium den Grund der Beschlagnahmeverfügung mit, indem sie gleichzeitig sehr anschauliches Material über das nationalsozialistische Geheimtreiben zur Volksaushungerung publiziert:

„Die Rundschreiben des landwirtschaftlichen Gaufachberaters der NSDAP, Gau Baden, Dipl.-Landwirt Walter Fiesch, Karlsruhe, an die ihm unterstellten Bezirksfachberater usw. vom 18. Dezember 1930, vom Jahre 1931 die Nr. 1—15 und die Sonder Rundschreiben (nebst Anlagen) werden auf Grund des § 12 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Ziffer 1 der Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931, des § 2 Absatz 1 der zweiten Notverordnung vom 10. August 1931 und des § 2 der badischen Verordnung vom 10. November 1931 mit Wirkung für das ganze Land Baden polizeilich beschlagnahmt und eingezogen.“

Gründe:

In den genannten Druckschriften werden Anweisungen gegeben zum Aufbau und zur Betätigung des sog. agrarpolitischen Apparates der NSDAP im Gau Baden, einer Organisation, die der Öffentlichkeit gegenüber geheim arbeiten soll. Mit Rücksicht hierauf wird den unterstellten Führern größte Vorsicht bei der Wahl der Mitarbeiter und im persönlichen Umgang zur Pflicht gemacht:

„Es muß zunächst vermieden werden, daß Leute, die nicht als gute und sichere Nationalsozialisten bekannt sind, von unserer Organisation zu viel erfahren und sich einschleichen. Ein solcher Einbringling kann, wenn er ein arbeitsamer Kerl ist, für uns von großem Schaden sein. Je heimlicher und unbekannter wir arbeiten können, desto ungezügelter sind wir und desto größer wird die Wirkung und damit auch der Erfolg sein.“ (Rundschreiben 1 vom Januar 1931.)

In kurzen Briefen sollen Schulungsurse und Sprechstunden abgehalten werden, um u. a. die „Gelegenheit zu haben, ganz vertrauliche Mitteilungen in den Mann zu bringen“. „Es wird in kommenden Zeit auf sein, seine Zunge noch mehr wie bisher im Zaume zu halten und seine Gedanken nicht alle auf die Zunge zu legen.“ Für den Briefverkehr innerhalb des agrarpolitischen Apparates sind Richtlinien zu erlassen, um den Inhalt der Schreiben für den Außenstehenden unverständlich zu machen.

In dem Rundschreiben Nr. 6 wird von Fiesch den Mitgliedern des A. L. einer kleinen, nach besonderen Gesichtspunkten ausgewählten, der Reichsleitung in München unmittelbar unterstellten Führerschaft, folgendes zu besonderen Pflicht gemacht:

„Kerl ist alles! Sie müssen jetzt unbedingt daran gehen, Ihre Leute fest in die Hand zu bekommen, dauernden Zusammenhang mit ihnen haben und eventuell ungeeignete BSB. erziehen. Wir müssen uns auf das Äußerste achten machen. Sie müssen in der Lage sein, sollte ich durch irgendeinen Umstand ausfallen, selbständig zu handeln. In den oft wiederholten Sprechstunden ist die beste Gelegenheit gegeben, die BSB. und auch die uns noch fern lebenden bäuerlichen Volksgenossen, fest an sich zu fetten und auch zu halten. Es muß ihnen gelingen, ihren ganzen Besitz zu einer einheitlichen Masse zusammen zu schmelzen, eiserne Disziplin und blinden Gehorsam in die Massen hineinzupflanzen.“

„Es muß ihnen gelingen, unsere Anhänger und Wähler zu kennen und dieselben sich zu sichern, damit Sie im gegebenen Augenblick auf sie zurückgreifen können.“

Zur Wahl der Mitglieder der Steueraussschüsse zur Durchführung der Reichsbeitragssteuerbemessung wird in einem Sonder Rundschreiben vom 2. Juli 1931 die Anweisung gegeben, einen Vertrauensmann zur Wahl namhaft zu machen, der, sich nach Möglichkeit in der Sache etwas auskennt, ist jedoch keine Bedingung, besonders muß er aber absolut zuverlässig und vertrauenswürdig sein.“

Verurteilte Bankiers

Devisenhehungen in Berlin

Berlin, 14. Febr. Das Schnellöffengericht verurteilte den wegen Devisenhehungen angeklagten Bankier Kallbach zu drei Monaten Gefängnis, den Ermittler Peiler zu zwei Monaten Gefängnis.

Goldlottenhändler in Italien

Mailand, 14. Jan. Das Appellationsgericht verurteilte den früheren Bankier Migliorini zu drei Jahren sieben Monaten Kerker, einer Buße von 1400 Lire und einer Geldstrafe von 3540 Lire. Migliorini hatte vor drei Jahren eine kleine Bank zum Zwecke der Hebung der veruntreuten Goldlotten in der Bucht von Nago gegründet und war im Oktober 1930 mit Zurücklassung von einer Million Lire Schulden verhaftet worden.

Eine Vorsichtsmaßnahme der Kirche

Wien, 14. Febr. Ein Communiqué des Heiligen Stuhls hat kürzlich erklärt, daß Bankgeschäfte nicht mehr die Bezeichnung „katholisch“ führen dürfen. Es war bisher üblich, daß derartige Banken nach dem Heiligen des Ortes benannt wurden, wo sie ihren Sitz hatten. Auch dies ist in Zukunft untersagt. Die üblichen Erklärungen hätten gelebt, daß man diese Bezeichnungen nicht der Gefahr aussetzen dürfe, in der Kritik Gerichtsamt erwähnt zu werden.

Politischer Mord in Irland

London, 15. Febr. (Via. Drabl.) In Irland herrscht augenblicklich wieder eine äußerst gespannte Stimmung. Am Sonntag wurde ein Kandidat der Regierungspartei ermordet. Am Montag wurde ebenfalls auf einen Abgeordneten dieser Partei geschossen. Der Schuss ging jedoch fehl.

Renovierungsarbeiten

Wien, 15. Febr. Der nationalsozialistische heilige Landtagsabgeordnete Buttker aus Oberstadt wurde heute abend, als er sich auf dem Wege zu einer Sitzung seiner Fraktion befand, in Oberstadt von unbekannten Tätern auf offener Straße in den Rücken geschossen. Er wurde ins Krankenhaus gebracht.

Legalität mit Volksaushungerung

In einem Sonder Rundschreiben vom 29. Juli 1931 wird Anweisung gegeben, die Ernte (einschließlich Kartoffeln und Vieh) schärfstens zurück zu halten. „Wer die Ernährung des Volkes beherrscht, beherrscht das Volk“, die Zwangsversteigerungen jeder Art zu sabotieren und für die Steuerschulden Stundungsgesuche einzureichen.

Ueber die angeordnete Sabotage der Zwangsversteigerungen wird in dem Rundschreiben Nr. 12 vom 19. Oktober 1931 ausgeführt:

„Die Zwangsversteigerungen werden sich wohl in nächster Zeit immer mehr häufen. Es werden sich aber auch immer wieder Käufer finden, die in ihrem egoistischen Geiste glauben aus der Not eines seiner Volksgenossen Kapital zu schlagen. Ich habe bereits in einem Sonder Rundschreiben am 29. Juli darauf hingewiesen. Merken Sie sich alle Zwangsversteigerungen notieren Sie sich auf und merken Sie sich vor allen Dingen die Steigerer. Wir wollen einmal später, wenn wir die Macht haben, darauf zurückkommen. Lassen Sie immer einmal durchblicken, daß wenn wir die Macht im Staate erlangt haben, auf Grund unseres Programms alles zu Unrecht erworbene Eigentum bzw. Besitz enteignet werden. Es dürfte ein Mittel sein, solche Steigerer fern zu halten. Ebenso kann der moralische Bankrott dieser Leute nur dienlich sein. Wer heute aus der Not eines seiner Brüder, glaubt, Kapital schlagen zu müssen, müssen wir als einen Verbrecher am Volke betrachten.“

Wegen der Steuerfundungsgesuche wird in dem Rundschreiben Nr. 7 vom 3. August 1931 weiterhin folgendes bemerkt:

Es wäre darauf aufmerksam zu machen, daß das Sonder Rundschreiben vom 29. Juli, der Ziffer 3 wegen, vertraulich zu behandeln ist. Kommt es in falsche Hände, so dürfte nichts erreicht werden. Ein Erfolg ist bereits im Hinterland zu verzeichnen.

Das soll aber nicht heißen, daß darüber geschwiegen werden soll, sondern im Gegenteil muß in der Propaganda von Mund zu Mund immer wieder davon Gebrauch gemacht werden.“

In dem Rundschreiben Nr. 13 vom 19. Oktober 1931 wird unter Beilage von Mustern für Steuerfundungsgesuche wiederum zur Beachtung der früheren Hinweise gemacht.

Von diesen Formularen wurden noch größere Posten bei einigen Bezirksfachberatern anlässlich der polizeilichen Hausfuchung (4. Februar 1932) vorgefunden.

Der von Fiesch geleitete agrarpolitische Apparat hat durch die in den Rundschreiben gekennzeichnete Art einer Bestrebungen.

Sabotage der Zwangsversteigerungen jeglicher Art, verfeinerte Form der Aufforderung zum Steuerstreik.

Das Ziel verfaßt, die Erfüllung der Staatsaufgaben dadurch zu erschweren oder unmöglich zu machen, daß dem „sterbenden System“ planmäßig die erforderlichen Mittel vorenthalten werden. Was unter dem „System“ zu verstehen ist, läßt das Sonder Rundschreiben vom 1. Oktober 1931 erkennen, wo es u. a. heißt:

„daß man den Staat mit allen Mitteln zu erobern versucht muß.“

Im Zusammenhang mit dem in den Rundschreiben weiterhin über die Organisation des agrarpolitischen Apparates, seine Aufgaben seinen Nachrichtenverkehr („auf dem schnellsten Wege mit Motorrädern und Motorrädern“) seine Verbindungen zur SA. und SS. enthaltenen Angaben und Anweisungen wird der Verdacht der Geheimbündelei (§ 128 StGB.) oder der Teilnahme an einer staatsfeindlichen Verbindung (§ 129 StGB.) begründet.

Soweit in den Rundschreiben die Festsetzung und die Befähigung des von Fiesch verwalteten agrarpolitischen Apparates erkennbar wird, ist die Beförderung begründet, daß in ihnen zum Angehörigen gegen Geheke oder behördliche Anordnungen angereizt wird. Bei den heutigen schwierigen staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen bedeutet der Inhalt der Druckschriften, die insgesamt dem Aufbau des agrarpolitischen Apparates und der Verbreitung der beantragten Bestrebungen dienen, zugleich eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Die angeordnete Maßnahme ist deshalb auf Grund der angeordneten gesetzlichen Bestimmungen gerechtfertigt.“

Vor neuem japanischem Vorstoß

London, 15. Febr. (Via. Drabl.) Die Japaner, die ihre bisherigen Verluste in den Kämpfen um Schanghai offiziell auf 112 Tote angaben, haben neue Truppen, Geschütze sowie 15 Tanks in der internationalen Zone von Schanghai gelandet und sind offenbar zum entscheidenden Vorstoß bereit. Während dieser Vorbereitungen trat am Montag ein Stillstand in den Kämpfen ein. Die Befestigung von Schanghai steht vorübergehend aus; über die Bewegung der Chinesen liegen widersprechende Nachrichten vor. Nach der einen Lesart sollen sie neue Verstärkungen heranziehen, während nach der anderen sie sich vor dem überlegenen Feind im Rückzug befinden.

Sport

Kreisfußballmeisterschaften

1. Schlußspiel um die nordwestdeutsche Meisterschaft.

Bei herrlichem Wetter und guten Bodenverhältnissen schlug der Nordgruppenmeister Bremen-Mittehölth den Meister der Südruppe Hildesheim 1918 mit 5:3, Halbzeit 2:2. Das sehr spannende Spiel fand vor 3000 begeisterten Zuschauern auf dem Friedrich-Ebert-Platz in Bremen statt.

Vorspiel in Norddeutschland

Vor 1800 Zuschauern schlug der Hamburger Meister HSV 19 den Mecklenburger Meister Hagenow mit 9:0. Hagenow enttäuschte. Bis Halbzeit hieß es 3:0. Am Vorkampt hieß sich HSV 19 einen 5:1-Erfolg gegen den Süddeutschen Meister FCV. Lübeck. Das Schlußspiel bestritten am 28. Februar HSV 19 und Kiel-LN in Kiel.

Ueberraschung in Berlin

Im Schlußspiel um die Meisterschaft von Berlin-Brandenburg siegte Eintracht Reinickendorf über Adler 08 Berlin vor 2000 Zuschauern mit 5:3 Toren, trotzdem Adler 08 bis zur Pause mit 2:1 in Führung lag.

Schlussspiel I. — Singen I. 7:1

Schlussspiel trat mit verlängerter Mannschaft an, was sich auch hoffentlich bewährte. Die Schlußzeit seines Sturms bedingt die hohe Torzahl. Singen ist keinesfalls so schlecht als wie es das Ergebnis besagt, aber die Zuschauer hinterm Schiffe, welche heute hervorragende Arbeit leistete, verbüßte auch die bei angelegten Angriffe des Gegners. Das verdiente Ehrentor war Singen auch beschieden. Schiedsrichter einwandfrei.

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

16. Februar 1932

1834 *Naturforscher Ernst Haeckel. — 1853 *Dicht. Dichter J. Rückert. — 1864 *Dichter Hermann Gebr. — 1876 *Schriftsteller Sultan Merit. — 1893 *Friedrich Krämer, Dichter des Antikollabus u. m. — 1907 *Ital. Dichter Carducci. — 1920 Koburg kommt zu Bayern.

Berufsvorbereitung der Schulentlassenen Jugend

Es wird infolge der gegenwärtig überaus schlechten Wirtschaftslage für viele Schulentlassene, die sich einem praktischen Beruf zuwenden wollen, nicht möglich sein, für die nächste Zeit eine Lehrstelle zu finden. Obwohl an Orten ds. Ls. der schwächste aller Kriegsabgänge die Volksschule verlassen wird, wird die Mehrzahl der Entlassenen bei der herrschenden Wirtschaftskrise vorerst keine Aufnahme im Wirtschaftsleben finden können. Es wird Aufgabe aller beteiligten Stellen sein müssen, unter diesen Umständen anderweitig für die Sicherstellung des Zuganges zur praktischen Arbeit zu sorgen, die zur produktiv-wertvollen Arbeitsbetriebe geeigneten und verfügbaren Kräfte zu erziehen und ihre spätere Auszubereitung vorzubereiten.

Wohl die meisten der jungen Schulentlassenen werden das Bestreben und das Bedürfnis haben, auf bestimmten Lehrgangswegen sich fortzubilden, für die spätere berufliche Betätigung entsprechende Kenntnisse zu erwerben und die Zeit nicht ungenutzt verstreichen zu lassen. Dilemme Leistungs- und Tätigkeitsdrang muß trotzdem entgegenkommen werden. Die Ausbildung des wertvollen Nachwuchses ist nicht mehr bloß privatnützlich zu werten, sondern berührt in erheblichem Maße die Interessen der Allgemeinheit. Auch manche Eltern werden den Wunsch haben, ihre Schulentlassenen Kinder einer sachlichen Ausbildung entgegenzuführen, schon um sie wenigstens für die nächste Zeit den Gefahren der Arbeits- und Beschäftigungslosigkeit nach Möglichkeit zu entziehen. Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß hierfür in erster Linie die Fachschulen (Handels- und Gewerbeschulen) in Betracht kommen. Durch Erlass des Ministeriums des Kultus und Unterrichts Nr. B 180 vom 3. März 1930 ist der freiwillige Besuch der Handels- und Gewerbeschulen erleichtert worden. Es bedarf danach nur einer Bescheinigung der Erziehungsbehörden, daß die Schüler einen kaufmännischen oder gewerblichen Beruf erst später erlernen sollen, weil für sie ausbildunglich eine Lehrstelle nicht gefunden werden kann. Die Fachschulen werden sich so an der Lösung der durch außerordentlichen Notverhältnisse besonders erschwerten Frage der Beschäftigungsmöglichkeit der Schulentlassenen zuwenden, indem der Sicherstellung und Vorbereitung des Nachwuchses für die wirtschaftliche und praktische Arbeit wirkungsvoll und verdienstlich betätigen können.

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Hardwaldbildungen

Die am Samstag, 13. Februar d. J., stattgefundene Generalversammlung hatte einen guten Verlauf. Nach Bekanntgabe und Annahme der Tagesordnung nach Gen. Drömlinger den Situations- und Geschäftsbericht. Nach eingehenden Ausführungen über die politische Lage behandelte er sodann die Tätigkeit im Bezirk. Im vergangenen Jahr war eine rege Berichterstattungstätigkeit. Es fanden acht öffentliche Versammlungen statt, darunter die Gründung der Frauenwerkgruppe, zu deren Leiterin die Genossin Stemmler gewählt wurde. Die Versammlungen waren durchschnittlich sehr gut besucht. Außerdem wurden vier Vorstandssitzungen und eine Funktionärsprüfung einberufen. Die Flugblattverteilung vollzog sich reibungslos. Der Stand des Volksfreunds kam in unserem Bezirk als gut bezeichnet werden, das ist auf die rege Tätigkeit der Funktionäre zurückzuführen. In der darauffolgenden Diskussion, die sehr sachlich und hochinteressant war, beteiligten sich die Genossen Kropf, Walter, Ballmer, Fien, Dießler, Raab, Wolf, Wolf, Kofchuk und Genossin Stemmler. Die Bezirksleitung wurde beantragt, dahinschwebend vorstellig zu werden, daß der Parteibeitrag dem allgemeinen Lohn- und Preisabwärtung Rechnung tragen möge. Der Parteibeitrag wurde einstimmig wiedergewählt. Für den nächsten Gen. Renner wurde Gen. Raab gewählt. Er leitete die folgende Zusammenkunft: 1. Vorsitzender: Dr. Drömlinger, 2. Vorsitzender: W. Kofchuk, Schriftführer: R. Kofchuk, Kassier: Raab und Genossin Stemmler. Genossin Kofchuk wird als Bezirksleiterin der Arbeiterwohlfahrt weiter tätig sein. Die Arbeiten der Genossinnen für die Arbeiterwohlfahrt und die Notgemeinschaft wurden als musterhaft und lobend anerkannt.

Im 3. Punkt wurde die Eisenerne Front behandelt. Auch in unserem Bezirk haben sich weit mehr zur Verfügung gestellt als zu erwarten war. Mit einem Schlusswort und Aufforderung zur Werbung für die Partei, schloß der Vorsitzende gegen halb 12 Uhr die gut verlaufene Versammlung.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfall

Beim Schloß Altpfort fuhr gestern abend ein Personentransportwagen in eine Schuttkede, die gerade vom Arbeiter über die Raffinerie Straße nach dem nachgelagerten Stall getrieben wurde. Mehrere Schafe wurden erheblich verletzt und mussten geschlachtet werden. Die Schuldfrage ist noch nicht einwandfrei geklärt.

Unfälle

In einem landwirtschaftlichen Betriebe brachte eine Frau beim Abheben eines schweren Gegenstandes die rechte Hand in die Hüftenwunde, wodurch ihr ein Teil des Ringfingers abgerissen wurde.

Beim Fußballspielen prallte ein 22jähriger Schloffer mit einem anderen Spieler zusammen, stürzte zu Boden und erlitt einen Knöchelbruch.

Beim Uebersteigen eines Schneehaufens auf den Rappurter Hügel kam ein Fortbildungsschüler zu Fall und brach sich den linken Unterarmgelenk.

Aufgefundene Fahrräder

Am Laufe des gestrigen Tages wurden 2 Herrenfahrräder aufgefunden, die wahrscheinlich von irgend einem Diebstahl herrühren.

Lichtspielhäuser

Reißens-Vierspiele, Waldstraße 30

Heute, Dienstag, wird der Spannung mit humor gewürzte Zerkantation, der von Raffaroni, Kofchuk und Liebe durchgeführte, große Erfolg: „Die Abenteuerin von Tunis“ (Zerpunkt Kritik) letztmalig aufgeführt. Eben Richter, die beliebte Hauptdarstellerin, wollte an den ersten Spieltagen vorangehen Woche persönlich hier und konnte sich für den spontanen Beifall in einer launigen Ansprache selbst bedanken. Richter ein Film, der über dem Durchschnitt liegt und es deshalb niemand verdammen sollte, ihn noch heute anzusehen. Der Film verdient eigentlich eine Verlängerung; aber andere Dispositionen verhindern seine weitere Aufführung.

Bilanz 1931

Tätigkeitsbericht der Karlsruher Sozialdemokratischen Partei

Trotz aller Widerwärtigkeiten, die im verflochtenen Geschäftsjahr zu überwinden waren, hat die örtliche Parteioffensive eine außerordentlich hohe Tätigkeit entfaltet. Schon bei Beginn des verflochtenen Geschäftsjahres setzte die bereits stark vorhandene Wirtschaftskrise in weit schärferem Maße ein. Der katastrophale Niedergang der Wirtschaft hatte eine ungeheure Steigerung der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeitersituation zur Folge. Die Abbaumassnahmen in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen haben die in der privaten Wirtschaft teils durch Stilllegung von Betrieben vorgenommenen Massenentlassungen, sowie die Zahl der durch enorme Einschränkungen der Betriebe bereits arbeitslos gewordenen Masse noch erhöht. Die aus diesen Gründen bereits vorhandene Misstimmung wurde noch gesteigert durch die von der Reichsregierung erlassenen Notverordnungen, die in ihren Auswirkungen zwangsläufig Gehalts- und Lohnkürzungen zur Folge hatten und eine absolute Verschlechterung und Beeinträchtigung aller Zweige der Soziallehre mit sich brachten. Das die Reichstagsfraktion trotz aller Verschlechterungen der ökonomischen Verhältnisse für die Arbeiterklasse sowie der von der Reichsregierung getroffenen scharf einschneidenden Maßnahmen aus rein politischen Erwägungen, die auf dem Gebiete innenpolitischer Verhältnisse der durch den Faschismus drohenden Gefahren für die deutsche Arbeiterklasse liegen, das Kabinett Brünning toleriert, hat die Gesamtpartei einer gewaltigen Befreiungsprobe ausgesetzt. Diese zu bestehen forderte von jedem einzelnen Funktionär der Gesamtpartei, wie auch der örtlichen Parteioffensive das Einleben aller Kräfte. Dieser Aufgabe gerecht zu werden, hat sich auch der örtliche Parteivorstand zum Ziel gesetzt; trotz aller Angriffe derer von links und rechts und trotz aller Verleumdungen gegen die Partei und ihrer Führer.

Die Aktivität innerhalb der örtlichen Parteioffensive

In gesteigerter Aktivität nahm die örtliche Parteioffensive Stellung zu allen tatsächlichen Maßnahmen der Gesamtpartei und Reichstagsfraktion. In 3 allgemeinen Rundungen, einer Internationalen Frauenkundgebung, 7 Hauptversammlungen, einer Internationalen Sitzung (Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre), 13 Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes, 4 Sitzungen des erweiterten Vorstandes, sowie 149 Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen in den 14 Parteibezirken wurde Aufklärung und Aufbauarbeit geleistet.

Flugblattverbreitung

In den uns von den Gegnern aufgedrungenen Anariffs- und Abwehrkämpfen wurde mittels Flugblättern von Seiten des Vorstandes der Gesamtpartei genantwortet. 5 Flugblattverteilungen wurden auf Anordnungen des Parteivorstandes vorgenommen. Ueber eine Viertelmillion Flugblätter kamen zur Verteilung.

Frauengruppe

Wenn schon im allgemeinen eine gesteigerte Aktivität innerhalb der örtlichen Parteioffensive zu verzeichnen war, so kann festgestellt werden, daß auch die Frauengruppe in der Aktivität in nichts zurückgefallen ist. In 6 Hauptversammlungen, 1 Internationaler Frauenkundgebung und 1 Vortrag für die Frau, nahm die Frauengruppe regen Anteil am politischen Leben.

Jugendbewegung

Die Bewegung der sozialistischen Jugend, soweit sie rein für die politische Organisation in Frage kommt, ist durch die Jugendbewegung der freien Gewerkschaften und der Arbeiterportorganisationen etwas gehemmt. Es ist trotzdem erfreulicherweise festzustellen, daß die Jugendbewegung aller Korporationen, die auf dem Boden sozialistischer Weltanschauung stehen, als ein gutes Omen für die Gesamtpartei bezeichnet werden kann.

Arbeiterwohlfahrt

Dieser Zweig jenseitiger Einrichtungen innerhalb der politischen Bewegung hat im vergangenen Berichtsjahr eine außerordentlich hohe Tätigkeit entfaltet. Seit Jahren wird durch diese Organisation eine örtliche Erholungsstätte für Kinder durchgeführt. In diesem Jahre fiel ihr durch die ungeheure Wirtschaftskrise und große Arbeitslosigkeit durch die Stellung Erwerbsloser und sonst bedürftiger Personen noch eine weit größere Aufgabe zu. Die Hauspflege, die in erster Linie in der Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt liegt und auch ihr Hauptaufgabengebiet ist, sowie die Näh- und Kochkurse wurden noch mehr ausgebaut. Bei der Durchführung der örtlichen Erholungsstätte wurden insgesamt 380 Kinder betreut. Der Erfolg, soweit die Gewichtszunahme und Stärkung der Gesundheit in Frage kommt, war ein ausgesprochen guter. 20 Helferinnen und Helfer waren bei der Durchführung dieser Arbeit erforderlich. Die Mithilfe der Durchführung war auch noch dadurch gegeben, daß im letzten Jahr eine zu diesen Zwecken erforderliche Röhre errichtet wurde, deren bauliche Aufwendungen und Kosten für ihre Einrichtung die Summe von 18 950 Mark erforderlich machte; sowie dem Entgegenkommen der „Freien Turnerschaft“ durch Ueberlassung sämtlicher Räume ihres Sporthauses. Die praktische Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt für die Bedürftigsten der Bevölkerung durch Verabfolgung von warmem Mittagessen steht mit im Vordergrund ihrer jenseitigen Wirksamkeit. Es werden s. Zt. täglich 200 Mittagessen abgegeben. Die Gesamtzahl der bisher abgegebenen Essen dürfte bereits 10 000 schon erreicht haben. Dank dem Entgegenkommen der Gewerkschaften kann einem großen Teil Bedürftiger das Essen zum Preise von 20 Pf. pro Portion abgegeben werden. Die Zahl der Unterstützten im allgemeinen ist ganz erheblich gewachsen. Die durch die Arbeiterwohlfahrt zu betreuenden Fälle belaufen sich auf 1573. Die durch diesen Zweig der sozialistischen Arbeiterbewegung gelebte Solidarität hat in des Wortes wahrster Bedeutung praktische Gestalt angenommen.

Mitgliederbewegung

Trotz der durch die ungeheure Wirtschaftskrise großen Ziffer von Erwerbslosen und Kurzarbeitern war unsere örtliche Bewegung nur geringen Schwankungen unterworfen. Zu- und Abgang hielten sich die Waage. Wenn kein wesentlicher Ausfall zu verzeichnen werden kann, so liegt dies in den geradezu trostlosen wirtschaftlichen Ver-

hältnissen, die durch den fast vollständigen Zusammenbruch unserer am Ort befindlichen Industrie zu verzeichnen sind. Trotz alledem marichiert die Bewegung am Orte!

Finanzen

Durch die Opferwilligkeit eines großen Kreises von Parteigenossen, die außer den regulären Beiträgen noch nach ihrem Einkommen entsprechende Sonderbeiträge entrichten, werden letztere einem für besondere Zwecke errichtenden Kampffonds zugeführt. Auch hier ist erfreulicherweise festzustellen, daß trotz ungeheurer Not, die in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung vorherrschend ist, die Finanzverhältnisse der örtlichen Parteioffensive günstig sind.

Totenliste

Der Schnitter Tod hat auch in dem hinter uns liegenden Geschäftsjahr in den Reihen unserer Genossinnen und Genossen reiche Ernte geerntet. 5 Genossinnen und 16 Genossen sind uns durch den Tod entrissen worden. Ihrer ehrend zu gedenken, halten wir für unsere Pflicht. Sie haben alle, jeder nach seiner Art, in aufopfernder Weise mitgearbeitet und den Gedanken der großen Menschheitsidee, den Sozialismus, in die Kreise der schaffenden Mächtigkeiten getragen. Einen herben Verlust hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch den Tod ihres ältesten Mitgliedes, Genosse Eugen G. d., erlitten. Seine kommunalpolitischen Erfahrungen haben der Gesamtpartei stets wertvolle Dienste geleistet. Die Arbeiterwohlfahrt hat durch den Tod ihrer Geschäftsführerin, Genossin Anna Bernauer, eine wertvolle Mitarbeiterin verloren. Die Toten ruhen! Den Lebenden bleibt der Kampf!

Die Aufgaben des örtlichen Parteivorstandes waren durch rein politische Aktionen im Angriff und Kampf gegen unsere politischen Gegner; sowie in der Abwehr ihres angedrohten Vernichtungswillens gegen alles was Sozialismus heißt, bei weitem nicht erschöpft. Die Betreuung der uns nachstehenden proletarischen Masse, die verursacht durch die gegenwärtig ungemessene Verschlechterung ihrer ökonomischen Lage in äußerster Not geraten ist, hat uns in einen weitaus größeren Verpflichtungen auferlegt, denen gerecht zu werden wir nichts unversucht gelassen haben. Teils aus eigener Initiative, teils in kollektiver Arbeit mit dem UDSB, haben wir uns um das Wohl und Wehe der proletarischen Masse bemüht. Wenn nicht in allen Fällen ein voller Erfolg erzielt werden konnte, so tragen hieran die politischen Parteien die Schuld, denen alles andere näher liegt, als die ungeheure Notlage der Arbeiterklasse zu lindern. Die Extremen von links und rechts sind hierbei nicht ausgenommen.

Eisenerne Front

Der schlimmste Feind der deutschen Arbeiterklasse, der Faschismus, bedroht immer mehr die Arbeiter und ihre Organe, Partei und Gewerkschaften. Das Sammeln seiner Landsknechtshorden und die militärische Organisation derselben zeigen der Arbeiterklasse nur zu deutlich, daß wir es mit dem Träger des deutschen Faschismus, den Nazis, nicht mehr mit einer Partei zu tun haben, die auf dem Boden parlamentarischer Tätigkeit steht. Die Geschichte des deutschen Volkes zu verbessern und daran mitzuarbeiten, lehnt diese Partei der Wurdese ab. An Stelle von Aufbauarbeit im Interesse des deutschen Volkes und seiner Wirtschaft, bereitet der Faschismus die außerparlamentarische Aktion vor, die das Ziel des gewaltsamen Umsturzes und der Zerschlagung der republikanischen Staatsform hat. Um diesen außerparlamentarischen Aktionen, durchgeführt von den schlimmsten Feinden der Republik, wirksam begegnen zu können, ist zur Bildung der Eisernen Front als Abwehrformation gegen faschistische Landsknechtshorden, durch die Zentralinstanzen der Partei, Gewerkschaften, Anstalten- und Beamtenorganisationen, Arbeiterparteiverbände und des Reichsbanners aufgerufen worden. Millionen sind der Eisernen Front schon beigetreten. Millionen stoßen tagtäglich noch zu ihr.

Die Karlsruher Arbeiterklasse ist durch ihre politische und gewerkschaftliche Führung ebenfalls aufgerufen. Die Organisation der Massen ist auch hier in vollem Gange. In den nächsten Tagen sind die vorbereitenden Arbeiten beendet, so daß Aufmarsch und Generalappell erfolgen kann. Sollte die uns vom Faschismus angebrochene Abrechnung in der Nacht der langen Messer erfolgen, sollte das Köpferrollen und Hängen marxistischer Massen beinahe, werden wir uns mit unbarmherzigen Schlägen zu wehren wissen.

Genossinnen und Genossen! Mit Vorstehendem haben wir euch die Tätigkeit des örtlichen Parteivorstandes unterbreitet. In dem Bewußtsein, alle der Arbeiterklasse drohenden Gefahren zwar noch nicht überwunden aber gehemmt zu haben, haben wir unsere Pflicht erfüllt. Hinter uns liegt ein Jahr politischer und wirtschaftlicher Ereignisse, die den Massen der arbeitenden Bevölkerung außerordentliche Lasten auferlegten. Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit von Millionen Volksgenossen ist das zur Zeit umgebende Gespenst. Trotz alledem darf die arbeitende Klasse den Mut nicht sinken lassen. Schwere wirtschaftliche und politische Kämpfe stehen der sozialistischen Arbeiterklasse noch bevor. Sie zu bestehen, heißt Mut und Entschlossenheit in den Reihen der proletarischen Massen. Der Glaube an den Sozialismus muß uns befähigen, trotz allen harten Daseinskampfes, der Sozialismus wird die kapitalistische Gesellschaft besiegen. Für ihn zu kämpfen, selbst unter Einsatz von Gut und Blut, ist unsere Pflicht.

Es lebe die Demokratie! Es lebe der Sozialismus!

Der Vorstand: W. Koch.

Tageskalender

der Sozialdem. Partei Karlsruhe

General-Versammlung

Mittwoch, 17. Februar, 20 Uhr, im „Elefant“ Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Beratung eingegangener Beiträge. 3. Neuwahl des Vorstandes.

Ein zahlreicher Besuch wird erwartet.

Am Saaleingang Buchkontrolle.

